

# Pinkwart beflügelt Airports und bremst Windkraft

## NRW-Wirtschaftsminister stellt Änderungen am Landesentwicklungsplan vor

**Düsseldorf.** Kommunen sollen mehr Spielraum bekommen, Flächen für Firmenansiedlungen und neue Wohngebiete auszuweisen. Dafür ändert die CDU/FDP-Landesregierung den erst 2017 noch von Rot-Grün neu gefassten Landesentwicklungsplan (LEP).

Insbesondere ländliche Kommunen sollen davon profitieren. Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) stellte gestern die aus seiner Sicht wichtigsten - und teilweise umstrittenen - Neuerungen vor. Das Land wolle damit seinen „Wachstumsrückstand gegenüber dem Bund“ aufholen.

So dürfen künftig mehr als fünf Hektar Fläche pro Tag in NRW für Siedlungs- und Verkehrsflächen ver-

braucht werden. Schon jetzt werden laut Pinkwart täglich neun Hektar verbraucht.

### Große Verunsicherung

Windkraftanlagen sollen nur im Abstand von 1500 Metern zu Wohngebieten geplant werden können.

Der frühere Grünenfraktionschef und heutige Vorsitzende des Landesverbandes Erneuerbare Energien NRW, Reiner Priggen, hält dies für eine Rolle Rückwärts bei der Energiewende. „Statt fördernde und unterstützende Rahmenbedingungen zu schaffen, stellt die Landesregierung neue Hürden auf und stiftet Verunsicherung. Die von Minister-



Andreas Pinkwart  
F.: GAMBARINI

präsident Armin Laschet maßgeblich mitverhandelten Energiewende-Ziele im Koalitionsvertrag der Bundesregierung werden damit konterkariert“, kritisiert Priggen die neuen Abstandsregelungen. Tatsächlich hat bereist die Ankündigung dieser Änderung in den letzten Monaten für Zurückhaltung beziehungsweise Aussetzen beim Bau neuer Anlagen in Nordrhein-Westfalen gesorgt.

Im Gegensatz zur Windenergiebranche dürften an den bisher als Regionalflughäfen eingestuften Airports Dortmund, Paderborn und Weeze Freude herrschen. Mit der Änderung im Landesentwicklungs-

plan gelten künftig alle sechs Flughäfen in NRW als landesbedeutsam und können sich entsprechend entwickeln.

### Bürgerbeteiligung bis Juli

Dies ist in Bezug auf Ausweitung der Kapazitäten zum Beispiel in Dortmund ein zentrales Thema, um den massiv von der Stadt Dortmund den Dortmunder Stadtwerken quersubventionierten Flughafen wirtschaftlicher zu machen.

Zu den geplanten Änderungen dürfen Bürger, Behörden und Institutionen von Mai bis Mitte Juli Stellungnahmen abgeben. Die oppositionellen Grünen im Landtag sprachen von einer „ideologischen Rückwärtsrolle“.

dpa/jh